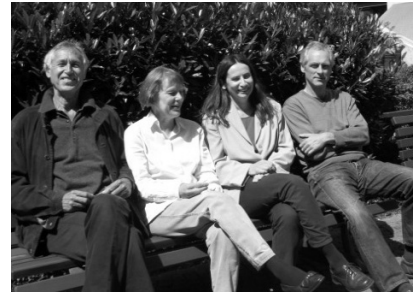


Wandel der Einstellungen junger Menschen zur Demokratie in West- und Ostdeutschland – Ideal, Zufriedenheit, Kritik

*Johann de Rijke/Wolfgang Gaiser/
Martina Gille/Sabine Sardei-Biermann*



Dr. Wolfgang Gaiser, Dr. Sabine Sardei-Biermann, Dipl.-Soz. Martina Gille, Dipl.-Soz. Johann de Rijke, alle Deutsches Jugendinstitut (DJI), München

Zusammenfassung

Der Beitrag entwickelt durch die Verbindung von Einstellungen zum Ideal und zu Bewertungen der Realität der Demokratie unter Berücksichtigung von politischem Interesse eine Typologie von vier unterschiedlichen Haltungen gegenüber dem politischen System: zufriedene Demokraten, kritisch-politische sowie kritisch-unpolitische Demokraten, Distanzierte. Im Hinblick auf diese Typen von Demokratieeinstellungen werden objektive und subjektive Bedingungsfaktoren sowie Auswirkungen auf politisches Vertrauen und Partizipation analysiert. Empirische Basis sind dabei die drei Erhebungswellen des DJI-Jugendsurvey (1992, 1997, 2003). Es zeigt sich, dass die Gruppe der zufriedenen Demokraten in den alten Bundesländern fast doppelt so groß ist wie in den neuen Bundesländern. Die gestiegene Unzufriedenheit mit der Demokratie in der vereinigten Bundesrepublik drückt sich im Osten in einer stärkeren Distanz, im Westen in einer eher kritisch-unpolitischen Weise aus. Niedrigeres Bildungsniveau, Wahrnehmung sozialer Benachteiligung und soziale Verunsicherung führen zu einem distanzierten Verhältnis zur Demokratie und zu politischen Beteiligungsmöglichkeiten.

Schlagwörter: Jugend, Demokratie, politisches Vertrauen, West-Ost-Differenzen, Wandel politischer Einstellungen

Abstract

Change of attitudes towards democracy of youth in Western and Eastern Germany – ideal, satisfaction, critique

Combining attitudes towards the ideal of democracy, evaluations of the reality of democracy and political interest a typology of four different groups was developed: satisfied, critical-political, critical-unpolitical and detached democrats. Using the data of the three waves (1992, 1997, 2003) of the „Youth Survey“ of the German Youth Institute (DJI) objective and subjective factors of influence were analysed as well as consequences for political trust and participation. The results show that the group of satisfied democrats is nearly double the size in Western Germany in comparison to Eastern Germany. In Eastern Germany, the increase in dissatisfaction with democracy in unified Germany leads to an increase in detachment, in Western Germany to a rise of critical-unpolitical attitudes. Low level of education, feeling disprivileged and socially insecure leads to detached attitudes towards democracy and political participation.

Keywords: Youth, democracy, political trust, West-East-differences, change of political attitudes

1. Einleitung

Die Jugend steht wieder im Blickpunkt des öffentlichen Interesses: Wie reagiert sie auf die verschärften Anforderungen im Bildungssystem und die immer noch gravierenden Schwierigkeiten beim Zugang zum Arbeitsmarkt? Sind die Demonstrationen Studierender in Universitätsstädten nur ein begrenztes Aufbäumen gegen verschlechterte Studienbedingungen oder Anzeichen eines breiteren Protestes gegen die Generationenungerechtigkeit. Wird die Jugend wieder politischer oder nimmt die Distanz zur Politik zu? Bestehen noch bedeutsame Unterschiede in der politischen Kultur zwischen den alten und den neuen Bundesländern oder unterscheiden sich die jungen Bundesbürger in Ost und West kaum noch in ihren politischen Einstellungen? Auch neuere politikwissenschaftliche Analysen stellen das Verhältnis der Jugend zur Politik in den Mittelpunkt, weil deren politische Orientierungen nicht nur wesentliche Determinanten für Stabilität und Funktionsfähigkeit sind, sondern auch „als Gradmesser für die zukünftige Entwicklung einer Demokratie“ dienen können (*Roller/Brettschneider/van Deth* 2006, S.7). Dabei wird hervorgehoben, dass gerade für Deutschland dieses Thema von besonderem Interesse sei, weil nach der formellen Vereinigung beider deutscher Staaten 1990 die Analyse des Zusammenwachsens und des Stands der Einheit der politischen Kultur gerade mit Blick auf die junge Generation möglich sei. Um die Frage „Sind wir ein Volk?“ (*Falter* u.a. 2006) empirisch zu klären, werden auch jüngere Generationen im Kontrast zu älteren in den Blick genommen und es wird überrascht konstatiert, dass die Kluft bezüglich verschiedener politischer Einstellungen zwischen den alten und den neuen Bundesländern nach wie vor breit und vom Lebensalter unabhängig sei (*Arzheimer* 2006, S. 223).

Der DJI-Jugendsurvey hatte schon Anfang der 1990er Jahre einen Schwerpunkt beim Thema Jugend und Politik und ermöglicht aufgrund seines replikativen Konzepts mit nunmehr drei Wellen (1992, 1997, 2003) Analysen von Entwicklungen.¹ Auf diese Daten werden wir uns im Folgenden beziehen (vgl. auch *Gille* u.a. 2006).

Theorieansätze zur politischen Kultur, auf die im DJI-Jugendsurvey Bezug genommen wird, unterscheiden zwischen einerseits der subjektiven Bezugnahme auf Politik, andererseits Einstellungen gegenüber politischen Ordnungsmodellen sowie schließlich Bewertungen der Ergebnisse von Politik. Betrachtet man zusammenfassend die Entwicklung demokratischer Orientierungen in Ost und West, Identifikation und Zufriedenheit mit der Demokratie seit Anfang der 1990er Jahre, so verweisen die Ergebnisse der drei Wellen des DJI-Jugendsurvey insgesamt auf ein hohes Akzeptanzniveau demokratischer Ideale bei jungen Menschen in Ost und West gleichermaßen. Sie indizieren aber auch bemerkenswerte Veränderungsprozesse: Die starke Unterstützung der Idee der Demokratie liegt zwar auf hohem Niveau (im Westen noch ausgeprägter als im Osten), ging bis Ende der 1990er Jahre zurück, blieb dann aber stabil. Dagegen erfährt die Zufriedenheit mit der Realität der Demokratie in den neuen Bundesländern kontinuierlich, in den alten Bundesländern seit 1997 Einbußen. Der Abstand in der Demokratiezufriedenheit zwischen den beiden Teilen der Bundesrepublik

bleibt erheblich. Problematisch ist die Tendenz, dass gerade bei den unteren Bildungsgruppen die Unzufriedenheit mit der Demokratie deutlich steigt (ausführlich hierzu *Gaiser* u.a. 2005).

Im Folgenden werden Einstellungen zum Ideal und zu Bewertungen der Realität der Demokratie kombiniert und dann typisierend vier Haltungen gegenüber dem politischen System der Bundesrepublik unterschieden: zufriedene Demokraten, kritisch-politische und kritisch-unpolitische Demokraten sowie Distanzierte. Diese Typen von Demokratieorientierungen werden dann zu objektiven und subjektiven Bedingungsfaktoren (Alter, Geschlecht, Bildung, gerechter Anteil, soziale Verunsicherung) in Beziehung gesetzt und deren Auswirkungen auf Orientierungen wie politisches Vertrauen sowie Partizipationsbereitschaften untersucht.

2. Typen von Demokratieeinstellungen

Die Spannung zwischen Ideal und Wirklichkeit lässt sich für die Einstellungen zur Demokratie aus den Ebenen der politischen Kulturforschung – der Ebene des Ideals der Demokratie und derjenigen der Bewertung der realen demokratischen Prozesse – als zusätzlich bedeutsames Element politischer Einstellungen bestimmen. Klingemann hat diesen Gesichtspunkt herausgestellt und insbesondere die Kombination von Unzufriedenheit mit der Leistung oder der Form des politischen Systems und Zustimmung zu demokratischen Werten als mögliche Antriebskraft für Reformen politischer Verhältnisse interpretiert. Die sich daraus ergebende Gruppe bezeichnete er als unzufriedene bzw. kritische Demokraten (*Klingemann* 2000). Seine Untersuchungen bezogen sich auf mehrere Länder mit unterschiedlichen Demokratisierungs- und Modernisierungsniveaus und richteten sich auf die Frage, inwiefern diese kritischen Demokraten eine konstruktive Rolle bei stärkeren Demokratisierungsbestrebungen spielen können.

Gabriel sowie *Völkl* haben diese Analyseperspektive aufgegriffen und sie auf eine Gesamttypologie ausgeweitet. Konstruiert man nämlich die beiden Dimensionen von Einstellungen zur Demokratie als Dichotomien, so lassen sich formal vier Kategorien bilden. Diejenigen, die die Demokratie als ideale Form staatlicher Organisation ansehen bzw. die Demokratie gegenüber anderen Regierungsformen präferieren, aber eben unzufrieden mit der Realisierung im eigenen Land sind, kann man als kritische Demokraten bezeichnen; diejenigen, die beiden Dimensionen positiv gegenüberstehen, als zufriedene Demokraten; diejenigen, die hingegen unzufrieden mit der Demokratie sind und auch der Demokratie als Staatsform ablehnend gegenüberstehen, bilden eine problematische Gruppe und werden als „Nichtdemokraten“ bezeichnet (*Gabriel* 2000, *Völkl* 2005). Die vierte Gruppe der Typologie, die Kombination von Zufriedenheit mit der Demokratie, aber Ablehnung der Demokratie als Regierungsform, ist nur schwer interpretierbar und zumeist empirisch kaum vorhanden; sie wird hier nicht weiter berücksichtigt.²

Das Konzept der „kritischen Demokraten“ enthält eine gewisse Unschärfe, daher ist ein genauerer Blick auf diese Gruppe aufschlussreich. Die Akzeptanz des Ideals der Demokratie, verbunden mit einer Unzufriedenheit mit den realen demokratischen Prozessen kann ja aus unterschiedlichen Motivlagen heraus erfolgen: eine, die mit einer eher kritischen Wachsamkeit gegenüber den wahrgenommenen Unzulänglichkeiten der erfahrenen Demokratie einhergeht, oder eine mit eher passiven, resignativ-unzufriedenen Haltungen gegenüber der Politik „da oben“ (vgl. *Gaiser* u.a. 2001, *Geißel* 2006). In einer auf einer kommunal begrenzten Stichprobe basierenden Studie hat Geißel die Typologie, insbesondere den Typ der „kritischen Demokraten“, mit einer zusätzlichen Dimension ausdifferenziert. Sie unterscheidet dabei die Realitätsbewertung (Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit) von einer normativen Verhaltensdisposition (Kritikbereitschaft bzw. Nichtkritikbereitschaft). Letztere umfasst eine normative Vorstellung im Hinblick auf kritisches verbales oder auch aktives Handeln in Situationen, in denen Ungerechtigkeit oder Angriffe auf die Demokratie wahrgenommen werden. Während die unzufriedenen Demokraten ohne Kritikbereitschaft bei Merkmalen wie politischem Verständnis oder Partizipationsbereitschaft eher unterdurchschnittliche Werte hatten, waren die kritikbereiten unzufriedenen Demokraten stärker politisch kognitiv involviert und partizipationsbereit. Zufriedene und kritikbereite Demokraten engagieren sich zwar auch überdurchschnittlich, aber eher in traditioneller Weise (z.B. in politischen Parteien), während die unzufriedenen und kritikbereiten Demokraten eher unkonventionelle Engagementformen aufwiesen. Zusammenfassend konstatiert Geißel, dass eine Mischung aus Haltungen, wie man sie bei zufriedenen und unzufriedenen Kritikbereiten findet, als ein Potential für demokratisches Engagement angesehen werden kann (*Geißel* 2005, 2006). Dieser Idee, Kritisch-Aktivitätsorientierte von Passiv-Unzufriedenen zu unterscheiden, soll in den folgenden Abschnitten nachgegangen werden.

Zunächst wird versucht, mit den Indikatoren im DJI-Jugendsurvey, die in allen drei Wellen erhoben wurden, diese Konzepte zu erfassen. Es wird die Frage nach der „Idee der Demokratie“ mit der nach der „Zufriedenheit mit der Demokratie“, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland ist, kombiniert und daraus die drei Typen zufriedene Demokraten, kritische Demokraten und Distanzierte gewonnen. Die Differenzierung bei den kritischen Demokraten in einen eher konstruktiv-aktiven Teil und einen unpolitisch-passiven wird unter Zuhilfenahme der Merkmale des politischen Interesses und zweier Items zur politischen Kompetenz vorgenommen.³ Es ist hier also weniger die normative Vorstellung einer Kritikorientierung, wie sie von Geißel verwendet wird, sondern die explizite Bezugnahme auf eine bewusst politische Färbung der Spannung zwischen Demokratieideal und Realität der erfahrenen Demokratie, die einen Unterschied in der Gruppe der „kritischen“ (oder eben, der Operationalisierung genauer entsprechend, „unzufriedenen“) Demokraten vermuten lässt. Daher sollen die beiden Untergruppen im weiteren „kritisch-unpolitische Demokraten“ bzw. „kritisch-politische Demokraten“ genannt werden.

Die Verteilung der Demokratietypen im DJI-Jugendsurvey von 2003 zeigt, dass die kritischen Demokraten insgesamt etwa die Hälfte der Befragten ausmacht, in West- wie in Ostdeutschland (vgl. Tabelle 1). Dabei sind die kritisch-

politischen Demokraten (entsprechend der oben gegebenen Definition) etwas stärker vertreten als die kritisch-unpolitischen. Deutliche West-Ost-Unterschiede gibt es hingegen bei den zufriedenen Demokraten sowie, komplementär dazu, den Distanzierten: erstere sind im Westen mit deutlich höherem Anteil zu finden, letztere sind hingegen in den neuen Bundesländern doppelt so stark wie in den alten (28% gegenüber 14%). Hierbei spiegelt sich die stärkere Unzufriedenheit mit der Demokratie wie die größere Distanz zur Idee der Demokratie in den neuen Bundesländern auch mehr als 10 Jahre nach der Wende wider.

*Tabelle 1: Typen von Demokratieeinstellungen (Spaltenprozent)**

	West			Ost		
	1992	1997	2003	1992	1997	2003
zufriedene Demokraten	49	46	35	30	22	19
kritisch-unpolitische Demokraten	16	15	23	22	24	23
kritisch-politische Demokraten	26	24	28	30	27	30
Distanzierte	9	14	14	17	28	28
N	4197	4005	4057	2369	2235	2014

* In dieser Tabelle werden zwei Fragen kombiniert: die Frage nach der Idee der Demokratie und die Frage nach der Zufriedenheit mit der Demokratie, ergänzend Items zum politischen Interesse und zur politischen Kompetenz (zur genauen Definition siehe Anmerkung 3).

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992, 1997 und 2003

Die Entwicklung der Demokratietypen seit 1992, also kurz nach der Vereinigung, zeigt in beiden Landesteilen ein etwas unterschiedliches Bild. Im Osten ist sie gekennzeichnet durch eine Abnahme bei den zufriedenen Demokraten (von 30% auf 19%) sowie eine Zunahme bei den Distanzierten. Der Anteil der kritischen Demokraten, der 1992 schon knapp über 50% betrug, hat sich hingegen so gut wie nicht verändert, auch nicht die Differenzierung nach politisch-unpolitischer Ausrichtung. Dies könnte auf eine gewisse Stabilität derjenigen hinweisen, die der Idee der Demokratie zugewandt sind, aber der Realität der Demokratie skeptisch gegenüberstehen. Im Westen ist dagegen ein stärkerer Wandel festzustellen: Einer Abnahme der zufriedenen Demokraten steht eine eher geringe Zunahme bei den Distanzierten gegenüber sowie eine stärkere Zunahme bei den kritischen Demokraten, vor allem jedoch bei den kritisch-unpolitischen. Man könnte dies dahingehend zusammenfassen, dass die stärker gewordene Unzufriedenheit mit der Demokratie in der vereinigten Bundesrepublik sich im Osten in einer stärkeren Distanz zur Demokratie, im Westen dagegen in einer eher kritisch-unpolitischen Weise ausdrückt.

Allerdings ist eine solche Betrachtung nur in Bezug auf die in Tabelle 1 ausgewiesenen Anteile dieser Gruppen zulässig. Über individuelle Stabilitäten bzw. Änderungen kann hier nichts gesagt werden, dazu wären Paneldaten notwendig. Aufgrund von Panelerhebungen kommt *Völkl* etwa zum Ergebnis (mit Daten für die Bevölkerung ab 16 Jahren zwischen 1994 und 2002, sowie etwas anderen Operationalisierungen der Demokratietypen – für die 16- bis 29-Jährigen wurden hierbei keine Ergebnisse gesondert ausgewiesen), dass die tat-

sächliche Stabilität der kritischen Demokraten in Ost wie West bei ca. 50% liegt und es insgesamt wesentlich mehr Austauschbewegungen gibt als es die aggregierten Anteile ausdrücken (Völkl 2005). Kaase hat das Phänomen, dass individuelle politische Einstellungen im zeitlichen Verlauf erhebliche Instabilität aufweisen, dieser aber ein hohes Maß an Stabilität in der aggregierten Betrachtung der Bevölkerung gegenübersteht, als das „Mikro-Makro-Puzzle“ der empirischen Sozialforschung bezeichnet (Kaase 1986). Beide Sichtweisen – intraindividuelle Einstellungsänderungen oder Aggregatbeschreibungen – haben jeweils eigene Bedeutsamkeit und verlangen unterschiedliche Interpretationen. Zu beachten bleibt also, dass die Ergebnisse des DJI-Jugendsurvey zu den drei Erhebungszeitpunkten auf replikativen Querschnitterhebungen basieren und somit keine Panelelemente enthalten; über intraindividuelle Veränderungen kann damit nichts ausgesagt werden.

In den folgenden beiden Abschnitten soll nun genauer untersucht werden, inwieweit sich die Demokratietypen voneinander unterscheiden. Dabei werden einerseits Bedingungsfaktoren von Einstellungen zur Demokratie betrachtet, andererseits mögliche Konsequenzen dieser in den Typen gebündelten Sichtweisen. Eine Hauptfrage wird dabei sein, ob die Differenzierung bei den kritischen Demokraten relevante zusätzliche Erkenntnisse bringt, ob es also tatsächlich die kritisch-politischen Demokraten sind, die als konstruktiv-partizipatorisch gelten und dadurch ein Potenzial für Verbesserungen im Prozess der Demokratie darstellen können, welches von den kritischen Demokraten insgesamt erhofft wird (Klingemann 2000), und inwieweit dies für die Gruppe der Kritisch-Unpolitischen möglicherweise nicht zutrifft.

3. Demokratieeinstellungen und Bedingungsfaktoren

Welche Bedingungsfaktoren erweisen sich für die unterschiedlichen Demokratieeinstellungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen 1992, 1997 und 2003 als relevant? Welche Zusammenhänge lassen sich mit objektiven und subjektiven Aspekten der Lebensverhältnisse der jungen Menschen feststellen? Im Folgenden soll dies zuerst im Hinblick auf Alter, Geschlecht und Bildungsniveau analysiert werden; dies sind Bedingungsfaktoren, die sich in empirischen Studien über politische Einstellungen immer wieder als wichtig erwiesen haben (vgl. z.B. Hoffmann-Lange 1995; Gille/Krüger 2000; Gaiser u.a. 2005). Anschließend wird die Teilnahme im Bildungs-, Ausbildungs- und Erwerbsbereich als Bedingungsfaktor betrachtet, die ihrerseits stark mit dem Bildungsniveau zusammenhängt; weiter wird auf Wahrnehmungen von Benachteiligung bei der Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand sowie auf subjektive Einschätzungen sozialer Verunsicherung eingegangen.

Im Hinblick auf Altersunterschiede zeigt sich in West- und Ostdeutschland ein weitgehend homogenes Bild: Der Anteil der zufriedenen Demokraten nimmt Altersunterschiede zwar insgesamt in West- und Ostdeutschland von 1992 bis 2003 erheblich ab, ist aber in allen Altersgruppen von 16 bis 29 Jahren relativ ähnlich. In Westdeutschland ist bei dieser Gruppe eine sehr geringe

Zunahme mit dem Alter festzustellen; in Ostdeutschland zeigt sich überwiegend eine geringe Abnahme mit dem Alter. Die Gruppe der kritisch-unpolitischen Demokraten nimmt in West- und Ostdeutschland mit dem Alter überwiegend ab (um bis zu 7 Prozentpunkte). Die Gruppe der kritisch-politischen Demokraten nimmt dagegen in West- und Ostdeutschland mit dem Alter zu, insbesondere in Ostdeutschland (West: um bis zu 8 Prozentpunkte; Ost: um bis zu 15 Prozentpunkte). Dies entspricht der deutlichen Zunahme des politischen Interesses sowie der subjektiven politischen Kompetenz Jugendlicher und junger Erwachsener mit dem Alter und kann als Ausdruck zunehmender Lebenserfahrung und von Prozessen der Aneignung gesellschaftlicher und politischer Lebensbereiche jenseits der eigenen sozialen Nahwelt verstanden werden. Einer solchen Entwicklung politischer Sozialisation entspricht auch der Befund, dass die Gruppe der Distanzierten in West- und Ostdeutschland mit dem Alter erheblich abnimmt (um bis zu 10 Prozentpunkte). Die Altersunterschiede bei den vier Typen von Demokratieeinstellungen gelten für alle drei Erhebungszeitpunkte.

Nach wie vor werden geschlechterdifferente politische So- **Geschlechterdifferenzen**
 zialisationsprozesse konstatiert (z.B. *Deutsche Shell* 2002; *Gille* 2004; *Westle* 2006); auch in den Daten des DJI-Jugendsurvey von 2003 lassen sich geschlechtsspezifische Unterschiede nachweisen: Z.B. haben junge Männer in West- und Ostdeutschland häufiger ein starkes politisches Interesse als junge Frauen; auch in ihrer Selbsteinschätzung schreiben sich junge Männer in West- und Ostdeutschland häufiger politische Kompetenz zu als dies bei jungen Frauen der Fall ist. Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass solche Unterschiede ebenfalls bei den Typen der Demokratieeinstellungen, die in diesem Beitrag analysiert werden, zum Ausdruck kommen. Dies lässt sich auch weitgehend bestätigen, was die Gruppe der kritisch-unpolitischen und der kritisch-politischen Demokraten betrifft: in West- und Ostdeutschland sind die jungen Männer in der Gruppe der kritisch-unpolitischen Demokraten seltener und in der Gruppe der kritisch-politischen Demokraten häufiger vertreten als die jungen Frauen (Geschlechterdifferenzen von überwiegend weniger als 10 Prozentpunkten). Interessanterweise ist aber der Geschlechterunterschied bei den kritisch-politischen Demokraten in Ostdeutschland sehr gering bzw. kaum vorhanden. Bei der Gruppe der zufriedenen Demokraten lassen sich ebenfalls kaum Geschlechterdifferenzen feststellen. Dasselbe gilt für die Gruppe der Distanzierten in Westdeutschland, in Ostdeutschland sind die Distanzierten bei den jungen Männern etwas häufiger. Auch dies zeigt sich zu allen drei Erhebungszeitpunkten.

Das Bildungsniveau erweist sich erwartungsgemäß als sehr be- **Bildungsniveau**
 deutsamer Bedingungsfaktor der Demokratieeinstellungen. Dabei ist teilweise auch ein erheblicher sozialer Wandel in der Relevanz von Bildung für diese Einstellungen nachweisbar. Dies ist vor dem Hintergrund der Veränderungen zu sehen, die seit Anfang der 1990er Jahre bei der Bildungsbeteiligung stattgefunden haben: Während es in Westdeutschland eine leichte Erhöhung des Bildungsniveaus gegeben hat – eine Abnahme des unteren Bildungsniveaus, d.h. von Jugendlichen ohne oder mit Hauptschulabschluss, sowie eine Zunahme von Jugendlichen mit Fachhochschulreife bzw. Abitur –, ist in Ostdeutschland eine deutliche Zunahme der jungen Menschen mit höchstens Hauptschulabschluss und zugleich derjenigen mit Fachhochschulreife bzw.

Abitur auf Kosten der mittleren Abschlüsse feststellbar, was für Ostdeutschland eine erhebliche Ausdifferenzierung in der Bildungsbeteiligung und eine Annäherung an westdeutsche Verteilungen bedeutet (*Sardei-Biermann* 2006). Dies wirkt sich vermutlich u.a. auch auf die Entwicklung der Demokratieeinstellungen aus: Betrachtet man zuerst die Veränderungen bei der Gruppe der zufriedenen Demokraten, so zeigen sich 1992 bei dieser Gruppe nur relativ geringe Unterschiede nach dem Bildungsniveau, 1997 gibt es jedoch bereits deutliche Unterschiede, die bis 2003 noch erheblich zunehmen. Die starke Abnahme der Gruppe der zufriedenen Demokraten geht dabei vor allem auf die jungen Menschen mit mittlerem oder unterem Bildungsniveau zurück (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Typen von Demokratieeinstellungen in West- und Ostdeutschland 1992, 1997 und 2003 nach Bildungsniveau* (in Prozent)

Demokratietypen	West			Ost		
	Haupt-schul-abschluss	Mittlere Reife	FH-Reife/ Abitur	Haupt-schul-abschluss	Mittlere Reife	FH-Reife/ Abitur
1992						
zufriedene Demokraten	48	50	50	25	31	31
kritisch-unpolitische Demokraten	21	17	11	15	26	16
kritisch-politische Demokraten	19	24	32	18	25	44
Distanzierte	12	9	7	42	18	9
1997						
zufriedene Demokraten	39	44	50	19	18	28
kritisch-unpolitische Demokraten	17	18	13	23	25	22
kritisch-politische Demokraten	19	21	28	15	21	39
Distanzierte	25	17	9	43	36	11
2003						
zufriedene Demokraten	23	30	44	10	13	29
kritisch-unpolitische Demokraten	29	25	18	25	24	22
kritisch-politische Demokraten	21	27	32	19	29	37
Distanzierte	28	17	5	46	33	12

* Das Bildungsniveau stellt bei Befragten, die die allgemeinbildende Schule bereits verlassen haben, den höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss dar, den sie erreicht haben; bei Befragten, die eine allgemeinbildende Schule besuchen, wird der angestrebte Schulabschluss ausgewiesen.

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992, 1997 und 2003

Bei den kritisch-unpolitischen Demokraten zeigt sich ein Ost-West-Unterschied, aber kaum ein bildungsspezifischer sozialer Wandel: Während in Westdeutschland 1992, 1997 und 2003 diese Gruppe unter den jungen Menschen mit Fachhochschulreife bzw. Abitur seltener ist, ist in dieser Gruppe in Ostdeutschland nur eine geringe Differenzierung nach Bildung sichtbar. Bei der Gruppe der kritisch-politischen Demokraten ist eine seit 1992 fast unverändert ausgeprägte Bildungsdifferenzierung erkennbar, die in Ostdeutschland sogar noch größer ist: kritisch-politische Demokraten sind in West- und Ostdeutschland unter den jungen Menschen mit Fachhochschulreife bzw. Abitur sehr viel häufiger (vgl. Tabelle 2).

Ganz besonders große Bildungsunterschiede gibt es bei der Gruppe der Distanzierten, die von 1992 bis 2003 insgesamt eine deutliche Zunahme erfahren haben, insbesondere in Ostdeutschland. Während in Westdeutschland bei dieser Gruppe 1992 nur geringe Bildungsunterschiede feststellbar sind, sind diese Unterschiede bis 1997 bereits deutlich angewachsen und sie haben bis 2003 noch weiter zugenommen (auf 23 Prozentpunkte); auch die Zunahme dieser Gruppe in Westdeutschland von 1992 bis 2003 geht auf die jungen Menschen mit unterem oder mittlerem Bildungsniveau zurück (vgl. Tabelle 2). In Ostdeutschland ist bei den Distanzierten zu den drei Erhebungszeitpunkten gleichermaßen eine sehr große Bildungsdifferenzierung erkennbar (von etwas über 30 Prozentpunkten); die erhebliche Zunahme dieser Gruppe von 1992 bis 2003 geht in Ostdeutschland vor allem auf die jungen Menschen mit mittleren Bildungsabschlüssen zurück. Allerdings ist der Anteil der Gruppe der Distanzierten in Ostdeutschland unter denjenigen mit höchstens Hauptschulabschluss 1992 bereits bei über 42%; bis 2003 nimmt dieser Anteil auf 46%, also fast die Hälfte der jungen Menschen der unteren Bildungsgruppe, zu – und dabei hat sich diese Bildungsgruppe selbst von 1992 bis 2003 auf fast ein Fünftel der jungen Menschen mehr als verdoppelt.

Die oben dargestellten Zusammenhänge der Demokratieeinstellungen mit dem Bildungsniveau zeigen sich auch, wenn man die jungen Menschen danach unterscheidet, in welchem Stadium ihrer ausbildungs- und berufsbezogenen Entwicklung sie sich befinden und welche Art von Berufsausbildung sie absolvieren. So gehören z.B. Studierende erwartungs- ausbildungs- und gemäß besonders häufig – zu über vier Fünfteln in Westdeutsch- berufsbezogene Entwicklung land und zu über 70% in Ostdeutschland – zu der Gruppe der zufriedenen oder der kritisch-politischen Demokraten. Arbeitslose, bei denen ein unteres Bildungsniveau besonders häufig ist, sind in West- und Ostdeutschland vergleichsweise sehr viel seltener in der Gruppe der zufriedenen Demokraten und sehr viel häufiger in der Gruppe der Distanzierten. In Westdeutschland hat etwa ein Fünftel der Arbeitslosen solche distanzierten Demokratieeinstellungen, in Ostdeutschland ist dies 1992 bereits fast ein Drittel der Arbeitslosen mit wachsender Tendenz: 2003 sind dies 40% – und dabei ist der Anteil der jungen Arbeitslosen in Ostdeutschland etwa doppelt so groß wie in Westdeutschland.

Dass sich Aspekte der Lebensverhältnisse der Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf ihre Demokratieeinstellungen auswirken, zeigt sich auch, wenn man Indikatoren der subjektiven Einschätzung der eigenen Lebensverhältnisse heranzieht. Im DJI-Jugendsurvey wurden die Einschätzung der eigenen Lebensverhältnisse jungen Menschen z.B. danach befragt, inwieweit sie in ihrer Sicht – im Vergleich dazu, wie andere in der Bundesrepublik Deutschland leben – „ihren gerechten Anteil“ erhalten. Dies weist darauf hin, inwieweit junge Menschen sich in ihren Lebensverhältnissen als relativ benachteiligt wahrnehmen oder nicht. Zusammenhangsanalysen mit Demokratieeinstellungen zeigen, dass junge Menschen, die in ihrer Sicht ihren gerechten Anteil im Leben oder mehr erhalten, viel häufiger zu der Gruppe der zufriedenen Demokraten und viel seltener zu der Gruppe der Distanzierten gehören; umgekehrt sind junge Menschen, die sich in ihren Lebensverhältnissen benachteiligt sehen, viel seltener zufriedene Demokraten und viel häufiger Distanzierte (vgl. Tabelle 3). Auch

wenn in der Zeit von 1992 bis 2003 solche subjektiven Benachteiligungserfahrungen in West- und Ostdeutschland abgenommen haben, bleibt der beschriebene Zusammenhang bestehen; allerdings nehmen die Differenzen zwischen den unterschiedlichen Gruppen der Demokratieeinstellungen, was den „gerechten Anteil im Leben“ betrifft, im Zuge der historischen Entwicklung ab, insbesondere in Westdeutschland (maximale Mittelwertdifferenzen zwischen den Gruppen in Westdeutschland 1992: 0,8, 1997: 0,3 und 2003: 0,3; in Ostdeutschland 1992: 0,7, 1997: 0,6 und 2003: 0,5). Wahrnehmungen von Benachteiligung bezüglich der eigenen Lebensverhältnisse befördern die Distanz zu positiven Einschätzungen des demokratischen Systems und die Unzufriedenheit mit der Demokratie.

Tabelle 3: Typen von Demokratieeinstellungen in West- und Ostdeutschland 2003 nach Wahrnehmung von Benachteiligung und sozialer Verunsicherung (Mittelwerte)

Demokratietypen	gerechter Anteil im Leben*		soziale Verunsicherung**	
	West	Ost	West	Ost
zufriedene Demokraten	2,9	2,8	2,5	2,5
kritisch-unpolitische Demokraten	2,6	2,4	2,8	3,0
kritisch-politische Demokraten	2,8	2,5	2,6	2,7
Distanzierte	2,6	2,3	3,0	3,2
gesamt	2,8	2,5	2,7	2,9

* Die Frage lautete: „Im Vergleich dazu, wie andere hier in der Bundesrepublik leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?“ Die Antwortvorgaben waren: „gerechten Anteil“, „mehr als gerechten Anteil“, „etwas weniger als gerechten Anteil“, „sehr viel weniger als gerechten Anteil“. Für die Mittelwertberechnung wurden die Antwortvorgaben linear umkodiert in 1 „sehr viel weniger als gerechten Anteil“ bis 4 „mehr als gerechten Anteil“.

** Die Frage lautete: „In welchem Maße treffen die folgenden Aussagen Ihrer Meinung nach zu oder nicht zu? (1) Heutzutage ist alles so unsicher geworden, dass man auf alles gefasst sein muss. (2) Heute ändert sich alles so schnell, dass man nicht weiß, woran man sich halten soll. (3) Früher waren die Leute besser dran, weil jeder wusste, was er zu tun hatte.“ Die Antwortvorgaben waren: 1 „trifft überhaupt nicht zu“, 2 „trifft eher nicht zu“, 3 „trifft eher zu“ und 4 „trifft voll und ganz zu“. Aus den drei Aussagen wurde ein Summenindex gebildet, dessen Wertebereich von 1 bis 4 dem der Antwortvorgaben entspricht; die dargestellten Mittelwerte beziehen sich auf diesen Index.

Quelle: DJI-Jugendsurvey 2003

Weiterhin ist anzunehmen, dass sich subjektive Einschätzungen sozialer Verunsicherung in generellen Lebensorientierungen bei jungen Menschen auf ihre Demokratieeinstellungen auswirken. Insgesamt zeigt sich, dass sich das Ausmaß solcher Orientierungsunsicherheiten bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen von 1992 bis 2003 kaum verändert hat, in Ostdeutschland aber verbreiteter ist als in Westdeutschland (vgl. Tabelle 3). Allerdings haben die Unterschiede zwischen den Gruppen der unterschiedlichen Demokratieeinstellungen, was das Ausmaß ihrer sozialen Verunsicherung betrifft, von 1992 bis 2003 in West- und Ostdeutschland zugenommen (die maximalen Mittelwertdifferenzen zwischen den Gruppen nehmen im Westen von 0,3 auf

0,5 und im Osten von 0,5 auf 0,7 zu). Junge Menschen mit mehr Orientierungsunsicherheiten sind häufiger in der Gruppe der kritisch-unpolitischen Demokraten und der Distanzierten zu finden. Betrachtet man nur diejenigen mit starken Orientierungsunsicherheiten, werden bedenkliche Entwicklungen erkennbar: Von 1992 bis 2003 gehören diese jungen Menschen zunehmend seltener zu den zufriedenen Demokraten und zunehmend häufiger zu den Distanzierten (die jeweiligen Abweichungen vom Durchschnitt werden von 1992 bis 2003 immer größer). Von denjenigen mit starken Orientierungsschwierigkeiten sind 2003 in Westdeutschland fast 30% – und damit doppelt so viele wie im Durchschnitt – der Idee der Demokratie und der Zufriedenheit mit der realen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber distanziert; in Ostdeutschland sind dies mit 42% – im Vergleich zu durchschnittlich 28% – noch viel mehr.

4. Demokratieeinstellungen und Konsequenzen für politisches Vertrauen und Partizipation

Bisher wurden die vier Demokratietypen im Hinblick auf Einflussfaktoren wie Bildungsniveau, Wahrnehmung von Benachteiligung und Gefühlen der Verunsicherung beschrieben. Im Folgenden wird die Blickrichtung umgekehrt und danach gefragt, welche Konsequenzen mit diesen Haltungen verbunden sind und zwar im Hinblick auf das politische Vertrauen, also das Vertrauen in die Reaktionsbereitschaft des politischen Systems und seiner Akteure (externe Effektivität) und das Vertrauen in Institutionen etablierter Politik. Darüber hinaus soll der Frage nachgegangen werden, ob sich die Demokratietypen in der Bereitschaft unterscheiden, sich in verschiedener Hinsicht politisch in konventioneller, unkonventionell-legaler oder unkonventionell-illegaler Weise zu engagieren.

Das Konzept des vorhandenen oder fehlenden Vertrauens in die Reaktionsbereitschaft des politischen System und seiner Akteure hebt hervor, dass Politik von den Bürgern vor allem als das Handeln der politischen Akteure wahrgenommen wird. In der Diskussion um die Politikverdrossenheit der Jugend wird häufig auf dieses Konzept Bezug genommen. Der Anteil der jungen Menschen in Deutschland mit politischem Vertrauen stieg von 30% (1992) auf 34% (1997) und schließlich auf 42% (2003) an. Dabei ist das Vertrauen in die Responsivität des politischen Systems in den alten Bundesländern zu allen drei Erhebungszeitpunkten höher als in den neuen Bundesländern (vgl. *Gaiser* u.a. 2005). Diese Ost-West-Differenz spiegelt sich auch in den Anteilen der vier Demokratietypen wider, die Vertrauen aufweisen. Ebenso zeigt sich der allgemeine Anstieg des Vertrauens in die Reaktionsbereitschaft des politischen Systems seit 1992 bei allen vier Typen von Demokratieeinstellungen. Diese Zunahme ist bei allen Demokratietypen zu finden, jedoch am wenigsten bei den Distanzierten.

Die Annahme, dass diejenigen Befragten, die ein hohes Demokratieideal und eine hohe Zufriedenheit mit der Demokratie bekunden, auch stärkeres politisches Vertrauen aufweisen, bestätigt sich. Der Demokratietyp der zufriedenen Demokraten weist das höchste Ausmaß an politischem Vertrauen auf (vgl. Ta-

Vertrauen in die
Reaktionsbereitschaft
des politischen Systems

belle 4), die kritisch-unpolitischen Demokraten sowie die Distanzierten dagegen das niedrigste. Die kritisch-politischen Demokraten, die sich zwar durch eine relativ hohe Unzufriedenheit mit der Demokratie charakterisieren lassen, die aber bei ihnen mit starkem politischem Interesse oder hoher politischer Kompetenz und einem hohen Demokratieideal verbunden ist, zeigen dagegen deutlich mehr politisches Vertrauen und nehmen damit eine Zwischenstellung zwischen zufriedenen und distanzierten Demokraten ein.

Tabelle 4: Vertrauen in die Reaktionsbereitschaft des politischen Systems* nach Demokratietypen in West- und Ostdeutschland, 1992 bis 2003 (in Prozent)

hohes Vertrauen in Responsivität		zufriedene Demokraten	kritisch- unpolitische Demokraten	kritisch- politische Demokraten	Distanzierte
West	1992	39	19	30	27
	1997	47	23	34	27
	2003	56	32	47	30
Ost	1992	32	14	24	17
	1997	38	18	28	17
	2003	52	27	40	25

* Hier sind Prozentwerte für Vertrauen (Index) in Prozent dargestellt. Die Reaktionsbereitschaft des politischen Systems wurde mittels folgender Frage erhoben: „Auf dieser Liste stehen Aussagen über das Verhältnis von Bürgern und Bürgerinnen zur Politik. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, inwieweit diese Ihrer Meinung nach zutrifft oder nicht. (a) Ich glaube nicht, dass sich die Politiker viel darum kümmern, was Leute wie ich denken. (b) Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut. (c) Die Politiker sind doch nur daran interessiert, gewählt zu werden, und nicht daran, was die Wähler wirklich wollen. (d) Bei uns gibt es nur einige wenige Mächtige, und alle anderen haben keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“ Zur Bewertung der Items gab es eine sechsstufige Antwortskala (1 „trifft überhaupt nicht zu“ bis 6 „trifft voll und ganz zu“). Diese vier Items werden zu dem Index „politisches Vertrauen“ (umgekehrt gepolt) zusammengefasst; dieser Index hat ebenfalls die Skalenendpunkte 1 und 6; Vertrauen ist beim Index der Wertebereich 3,1 bis 6.

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992, 1997 und 2003.

Das Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen gilt als ein weiterer wichtiger Indikator für das Ausmaß an Unterstützung für das politische System (vgl. *Gille/Krüger/de Rijke* 2000). Dabei erfahren die etablierten Institutionen wie Bundesregierung, Bundestag und politische Parteien im Vergleich zu Institutionen der Judikative und Exekutive (wie beispielsweise Bundesverfassungsgericht, Gerichte und Polizei) oder zu Institutionen nicht-etablierter Politik (wie Greenpeace und Bürgerinitiativen) relativ geringes Vertrauen – und zwar bei jungen Menschen wie Erwachsenen gleichermaßen. Das Vertrauen in Institutionen etablierter Politik hat dabei nach den Daten des DJI-Jugendsurvey seit 1992 in den alten Bundesländern leicht abgenommen und in den neuen Bundesländern seit 1997 zugenommen, so dass sich diesbezüglich bei den 16- bis 29-Jährigen kaum noch Ost-West-Unterschiede zeigen (vgl. *Gaiser* u.a. 2005).

Unterscheiden sich nun die vier Demokratietypen hinsichtlich des Vertrauens in die Institutionen etablierter Politik? Es zeigen sich diesbezüglich Differenzen zwischen den zufriedenen Demokraten auf der einen Seite und den drei anderen Typen auf der anderen Seite (vgl. Tabelle 5). Ein hohes Demokratieideal und eine hohe Zufriedenheit mit der Demokratie wirken hier also unterstützend für die politische Vertrauensbildung. Unzufriedenheit mit der Demokratie verbunden mit einem schwach ausgeprägten Demokratieideal dagegen – unabhängig davon ob politisches Interesse und Kompetenz vorhanden sind – geht mit einem geringen Vertrauen in Institutionen etablierter Politik einher. Bemerkenswert sind allerdings die Vertrauensunterschiede bei den zufriedenen Demokraten in alten und neuen Bundesländern. In den neuen Bundesländern zeigt sich 2003 bei der relativ kleinen Gruppe der zufriedenen Demokraten (Anteil von 19%, vgl. Tabelle 1) ein deutlich stärkeres Vertrauen in die etablierte Politik als bei jenen in den alten Bundesländern. Im Osten wirkt sich offensichtlich eine hohe Zufriedenheit mit der Realität der Demokratie in Kombination mit der hohen Unterstützung demokratischer Ideale, wie dies den zufriedenen Demokratietyp charakterisiert, stärker auf das Vertrauen in die Institutionen etablierter Politik aus als im Westen.

Tabelle 5: Hohes Vertrauen in die Institutionen etablierter Politik* nach Demokratietypen in West- und Ostdeutschland, 1992 bis 2003 (in Prozent)

hohes Vertrauen in Institutionen etablierter Politik		zufriedene Demokraten	kritisch- unpolitische Demokraten	kritisch- politische Demokraten	Distanzierte
West	1992	30	14	12	13
	1997	27	8	10	11
	2003	26	9	10	12
Ost	1992	31	8	10	10
	1997	30	9	9	12
	2003	40	12	15	10

* Die Frage zum Vertrauen in Institutionen lautete: „Ich lese Ihnen nun eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen und Organisationen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder Einrichtung oder Organisation, wie groß das Vertrauen ist, das Sie ihr entgegenbringen.“ Bundestag, Bundesregierung und politische Parteien werden hier als „etablierte Politik“ gebündelt. Die Einzelitems wurden mit einer 7-er Skala (1 „überhaupt kein Vertrauen“ bis 7 „sehr großes Vertrauen“) erhoben; sie werden mit einem Summenindex zusammengefasst, der ebenfalls Werte von 1 bis 7 aufweist; die Werte 5 bis 7 werden hier als „hohes Vertrauen“ bezeichnet.

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992, 1997 und 2003

Eine weitere wichtige Konsequenz der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Demokratietyp könnte das Maß politischer Handlungsbereitschaft sowie die Art des politischen Engagements sein. Welche Rolle spielt nun das erhebliche Unzufriedenheitspotential gegenüber der Demokratie in Deutschland bei jungen Menschen im Hinblick auf ihre Bereitschaft, sich politisch zu beteiligen? Führt die hohe und wachsende Unzufriedenheit zu einem Rückgang des Engagements oder umgekehrt zu einer Mobilisierung der jungen Menschen? Wie unterscheiden sich die vier Typen der Demokratieeinstellungen in der Art ihres politischen Engagements?

**politische
Handlungsbereitschaft**

Im DJI-Jugendsurvey wurde eine breite Palette von Möglichkeiten, seine politische Meinung zu artikulieren, erhoben, die konventionelle und unkonventionelle Partizipationsformen sowie auch illegale Aktionen umfassten (vgl. *Gaiser/de Rijke* 2000, S. 270 ff.). Hier soll zum einen auf die Bereitschaften, sich politisch zu beteiligen, eingegangen werden und nicht auf die bereits ausgeübten politischen Aktivitäten, weil sich für junge Menschen im Alter von 16 bis 29 Jahren hierzu noch nicht so viele Gelegenheiten im Alltag ergeben. Dabei soll das Spektrum von Partizipationsmöglichkeiten in einer Bündelung von eher konventionellen Aktionsformen (Schreiben von Briefen an Politiker oder Medien, Ausübung eines politischen Amtes, aktive Parteiarbeit, Spenden für politische Zwecke), unkonventionellen-legalen Aktionsformen (Mitarbeit in Bürgerinitiativen, Beteiligung an Unterschriftensammlungen, Teilnahme an genehmigten Demonstrationen, an gewerkschaftlichen Streiks) sowie unkonventionell-illegalen Partizipationsbereitschaften (nicht-genehmigte Demonstrationen, Hausbesetzungen, wilde Streiks, Aktionen mit möglichen Sach- oder Personenschäden), die sich an der Legalitätsgrenze bewegen, betrachtet werden. Seit Beginn der 1990er Jahre zeigen sich bezüglich der drei Typen von Engagementbereitschaften vor allem Veränderungen in den neuen Bundesländern, während sich die Situation hierzu in den alten Bundesländern als weitgehend stabil erweist. Im Osten nimmt seit 1992 die Bereitschaft zu unkonventionellen Aktionen ab (insbesondere bei den illegalen Formen) und es kommt damit zu einer Annäherung an das Niveau des Westens. Allerdings gehen in den neuen Bundesländern auch die konventionellen Partizipationsbereitschaften zurück, so dass hier nun eine Ost-West-Differenz zuungunsten der neuen Bundesländer entsteht (vgl. *Gaiser/de Rijke* 2006).

In Tabelle 6 sind die vier Demokratietypen differenziert nach den politischen Handlungsbereitschaften junger Menschen dargestellt. Unabhängig davon, welchem Demokratietyp junge Menschen angehören, erhalten die unkonventionell-legalen Partizipationsformen, die relativ spontan und ohne längerfristige Bindungen ausgeübt werden können, hohe Wertschätzung. Allenfalls die Distanzierten sind hier etwas zurückhaltender. Konventionelles Engagement, das größere zeitliche Ressourcen bindet und stärker institutionellen Regelungen unterliegt, ist bei den zufriedenen Demokraten und kritisch-politischen Demokraten annähernd gleich stark ausgeprägt, d.h. die Zufriedenheit mit der Demokratie ist für diese Engagementform nicht ausschlaggebend. Das politische Interesse sowie die Unterstützung demokratischer Ideale befördern konventionelles Engagement. Die konventionelle Partizipationsbereitschaft geht bei den distanzierten Demokraten in den neuen Bundesländern stark zurück (1992: 56% 1997: 40%, 2003: 39%). Dies ist sicherlich keine unproblematische Entwicklung, da die Distanzierten in den neuen Bundesländern 2003 bereits über ein Viertel der Befragten (28%) ausmachen (vgl. Tabelle 1) und zudem die Distanzierten ebenso wie die anderen Demokratietypen – wenn auch insgesamt auf geringem Niveau – eine durchaus nicht unerhebliche Bereitschaft zu unkonventionell-illegalen Aktionsformen äußern. Bei den Distanzierten wird diese Bereitschaft jedoch nicht wie bei den drei anderen Demokratietypen mit einer hohen Unterstützung demokratischer Ordnungsvorstellungen verknüpft.

Tabelle 6: Konventionelle, unkonventionell-legale und unkonventionell-illegale Partizipationsbereitschaften* nach Demokratietypen in West- und Ostdeutschland 2003 (in Prozent)

Partizipationsbereitschaften		zufriedene Demokraten	kritisch-unpolitische Demokraten	kritisch-politische Demokraten	Distanzierte
West	konventionell	63	46	69	45
	unkonventionell-legale	90	87	93	79
	unkonventionell-illegal	25	23	34	25
Ost	konventionell	58	38	56	39
	unkonventionell-legale	91	88	90	82
	unkonventionell-illegal	26	21	32	28

* Die Partizipationsbereitschaften wurden mit folgender Frage erhoben: „Angenommen, Sie möchten in einer Sache, die Ihnen wichtig ist, Einfluss nehmen bzw. Ihren Standpunkt zur Geltung bringen. Welche der Möglichkeiten auf dieser Liste kommen für Sie in Frage, und welche nicht?“ Konventionelle Partizipationsbereitschaft liegt vor, wenn mindestens eines der folgenden Items gewählt wurde: Briefe an Politiker schreiben, ein politisches Amt übernehmen, Schreiben von Leserbriefen, aktiv in einer Partei mitarbeiten, Spenden für politische Zwecke. Unkonventionelle Partizipationsbereitschaft wenn mindestens ein Item genannt wurde von: Mitarbeit in Bürgerinitiative, Beteiligung an Unterschriftensammlung, Teilnahme an genehmigter Demonstration, Teilnahme an gewerkschaftlichem Streik; unkonventionell-illegale Partizipation, wenn mindestens eine Bereitschaft genannt wurde von: Teilnahme an nicht-genehmigter Demonstration, Hausbesetzung, wilder Streik, Aktionen mit möglicher Sachbeschädigung, Aktionen mit möglichem Personenschaden.

Quelle: DJI-Jugendsurvey 2003

5. Zusammenfassung und Bilanz

Wie lassen sich die unterschiedlichen Typen von Demokratieorientierungen in ihrem Profil zusammenfassend beschreiben?

Die zufriedenen Demokraten verfügen über hohes Bildungskapital und vertrauen den politischen Institutionen und Akteuren. Sie haben stärker als alle anderen Gruppen den Eindruck, einen gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten. Ihre Zufriedenheit verbindet sich nicht mit politischer Passivität, sondern sie sind in hohem Maße bereit, ihre demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten wahrzunehmen. Als Trend ergibt sich bundesweit eine Abnahme des Anteils der zufriedenen Demokraten. Die Ost-West-Differenz ist dabei aber erheblich: Die Gruppe der zufriedenen Demokraten ist in den alten Bundesländern fast doppelt so groß wie in den neuen Bundesländern.

Als kritische Demokraten sind – wie schon 1992 – auch 2003 etwa die Hälfte der Befragten zu kennzeichnen, in West- wie in Ostdeutschland. Dies verweist auf eine gewisse Stabilität der Gruppe derjenigen, die die Idee der Demokratie befürworten, aber der Realität der Demokratie skeptisch gegenüberstehen. Dabei sind die kritisch-politischen Demokraten etwas stärker vertreten als die kritisch-unpolitischen. Die zunehmende Unzufriedenheit mit der Demokratie in der vereinigten Bundesrepublik kommt im Osten in einer stärkeren Distanz

zur Demokratie, im Westen dagegen in einer eher kritisch-unpolitischen Weise zum Ausdruck. Bildungsressourcen unterstützen aber – besonders in den neuen Bundesländern – kritisch-politische Haltungen zur Demokratie; letztere kommen auch in hoher Bereitschaft zu unterschiedlichsten Formen der politischen Partizipation zum Ausdruck. Die kritisch-politischen Demokraten können damit als ein Potenzial für Verbesserungen im Prozess der Demokratie angesehen werden, während dies für die Gruppe der kritisch-unpolitischen weniger zutrifft. Damit bestätigt sich, dass es auf konzeptueller Ebene sinnvoll ist, bei einer Typenbildung von „kritischen Demokraten“ weitere Differenzierungen zu machen, wie es anhand des Kriteriums Politikinteresse und subjektive politische Kompetenz in diesem Beitrag vorgenommen wurde.

Bei der Untersuchung des Verhältnisses von Jugendlichen zur Politik verdient auch die Gruppe der Distanzierten besondere Beachtung. Diese Gruppe hat seit 1992 insgesamt zugenommen, und ein deutlicher Ost-West-Unterschied ist nach wie vor vorhanden: in Ostdeutschland ist ihr Anteil mit über einem Viertel doppelt so groß wie in Westdeutschland. Im Vergleich zu den anderen Demokratietypen sind die Distanzierten eher bildungsbenachteiligt, fühlen sich stärker verunsichert und haben häufiger den Eindruck, nicht den gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten. Sie haben weniger Vertrauen in das politische System und seine Repräsentanten und in Institutionen etablierter Politik. Sie sehen sie sich selbst kaum als Akteure in einer civic society. Unzufriedenheit und Systemkritik führen bei den Distanzierten nicht zu politischen Handlungsperspektiven, ihre Partizipationsbereitschaft ist wenig ausgeprägt. Diese schwierigen Voraussetzungen für Systemakzeptanz und politische Mobilisierung sollten verstärkt in politischen Programmen und in der Praxis der politischen Bildung berücksichtigt werden und bedürfen auch weiterer wissenschaftlicher Aufmerksamkeit.

Anmerkungen

- 1 Der Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts (DJI), München, ist eines der großen replikativen Forschungsvorhaben, das im Rahmen der Sozialberichterstattung des DJI mit drei Erhebungen (1992, 1997 und 2003) durchgeführt wurde (Projekthomepage: www.dji.de/jugendsurvey). Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt diese Forschung im Rahmen der Finanzierung des DJI. In den ersten beiden Wellen wurden jeweils ca. 7.000 16- bis 29-jährige deutsche Personen befragt (West: ca. 4.500, Ost: ca. 2.500), in der dritten Welle 9.100 12- bis 29-Jährige mit deutscher und nicht-deutscher Staatsangehörigkeit (West: ca. 6.300, Ost: ca. 2.800) – wobei für die hier vorgelegten Ergebnisse nur die Teilstichprobe der deutschen 16- bis 29-Jährigen verwendet wurde. Die Stichproben 1997 und 2003 zeigen für die 16- bis 29-Jährigen im Hinblick auf das Alter relativ starke Abweichungen im Vergleich zur Grundgesamtheit. Die folgenden Ergebnisse wurden mit Hilfe einer Redressmentgewichtung gewonnen, die die Abweichungen der Stichprobe der 16- bis 29-Jährigen im Hinblick auf die Verteilungen der Altersjahrgänge korrigiert und an die Verteilungen der Grundgesamtheit angleicht.
- 2 Die Definition der Demokratietypen ist bei Gabriel und Völkl, die sich auf dieselben Datensätze aus dem DFG-Projekt „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland“ (Bevölkerung ab 16 Jahren) beziehen, teilweise unterschiedlich; insbesondere Völkl (nicht hingegen Gabriel) berücksichtigt die

zuletzt genannte 4. Gruppe und bezeichnet sie als „opportunistische Demokraten“ – sie umfassen 2002 im Westen 4%, im Osten 7%.

- 3 Zwei Fragen wurden kombiniert: Einerseits die zur Idee der Demokratie („Bei der folgenden Frage geht es um die Idee der Demokratie. Bitte sagen Sie mir anhand der Liste, wie sehr Sie grundsätzlich für oder grundsätzlich gegen die Idee der Demokratie sind.“ Antwortvorgaben „sehr für ...“, „ziemlich für ...“, „etwas für ...“, „etwas gegen ...“, „ziemlich gegen ...“ und „sehr gegen ...“) und zur Zufriedenheit mit der Demokratie („Kommen wir nun zu der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Wie zufrieden oder wie unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in der Bundesrepublik besteht?“ Antwortvorgaben „sehr zufrieden“, „ziemlich ...“, „etwas ...“, „etwas unzufrieden“, „ziemlich ...“ und „sehr ...“). Für die Typologie wurden die beiden Fragen dichotomisiert: bei der Idee der Demokratie: „sehr für“ und „ziemlich für“ versus andere Angaben, bei der Zufriedenheit mit der Demokratie: „sehr zufrieden“ und „ziemlich zufrieden“ versus andere Angaben. „Zufriedene Demokraten“: die Kombination der beiden positiven Werte; „kritische Demokraten“: Idee positiv, Zufriedenheit andere Angaben; Distanzierte: Kombination der anderen Angaben bei beiden Fragen. Da die Kategorien „etwas für“ die Idee der Demokratie und „etwas zufrieden“ mit der Demokratie mit den dezidiert ablehnenden Kategorien zusammengefasst werden (die drei ablehnenden Werte zur Idee der Demokratie wurden nur minimal gewählt), bezeichnen wir die ablehnende und unzufriedene Haltung nicht als „Nichtdemokraten“, sondern eben als „Distanzierte“. – Für die Differenzierung werden drei weitere Fragen verwendet: Die nach dem politischen Interesse („Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“ – „sehr stark“, „stark“, „mittel“, „wenig“, „überhaupt nicht“) und zwei Items zur politischen Kompetenz (A. „Ich verstehe eine Menge von Politik“, B. „Manchmal finde ich die Politik viel zu kompliziert, als dass ein normaler Mensch sie noch verstehen könnte“, Antwortskala von 1 „trifft überhaupt nicht zu“ bis 6 „trifft voll und ganz zu“). Definition von „Kritisch-politischen Demokraten“: kritische Demokraten, die entweder sehr starkes oder starkes politische Interesse, oder bei Item A einen Wert 4 bis 6 sowie bei Item B einen Wert 1 bis 3 haben; „Kritisch-unpolitische Demokraten“: kritische Demokraten, die anderen Kombinationen der erwähnten drei Items aufweisen.

Literatur

- Arzheimer, K. (2006): Von „Westalgie“ und „Zonenkindern“: Die Rolle der jungen Generation im Prozess der Vereinigung. In: *Falter, J. W.* u.a. (Hrsg.): Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich. – München, S. 212-234
- Deutsche Shell (Hrsg.) (2002): Jugend 2002. Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus. – Frankfurt am Main
- Falter, J. W. u.a. (Hrsg.) (2006): Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich. – München
- Gabriel, O.W. (2000): Demokratische Einstellungen in einem Land ohne demokratische Traditionen? Die Unterstützung der Demokratie in den neuen Bundesländern im Ost-West-Vergleich. In: *Falter, J./Gabriel, O. W./Rattinger, H.* (Hrsg.): Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich. – Opladen, S. 41-77
- Gaiser, W. u.a. (2001): Zufrieden – kritisch – distanziert: Einstellungen junger Deutscher in West und Ost zur Demokratie. In: DISKURS 1/2001, S. 20-29
- Gaiser, W./de Rijke, J. (2000): Partizipation und politisches Engagement. In: Gille, M./Krüger, W. (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen im vereinigten Deutschland. – Opladen, S. 267-323
- Gaiser, W./de Rijke, J. (2006): Gesellschaftliche und politische Beteiligung. In: Gille, M. u.a.: Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Lebensverhältnisse, Werte und gesellschaftliche Beteiligung 12- bis 29-Jähriger. Jugendsurvey 3. – Wiesbaden, S. 213-275
- Gaiser, W. u.a. (2005): Zur Entwicklung der Politischen Kultur bei deutschen Jugendlichen in West- und Ostdeutschland. Ergebnisse des DJI-Jugendsurvey von 1992 bis 2003. In:

- Merkens, H./Zinnecker J.* (Hrsg.): Jahrbuch Jugendforschung 5. Ausgabe 2005. – Opladen, S. 163-198
- Geißel, B.* (2005): Critical Democratic Citizens as a Democratic Resource? Types of Critics and their Profiles in Germany. Paper prepared for delivery at the 2004 Annual Meeting of the American Political Science Association
- Geißel, B.* (2006): Politische Kritik – Gefahr oder Chance? Normative Grundlagen politischer Orientierungen. Discussion Paper SP IV 2006-401. – Wissenschaftszentrum für Sozialforschung (WZB)
- Gille, M.* (2004): Mädchen und Politik: Gibt es einen weiblichen Blick auf Politik und politisches Engagement? In: *Heinrich, G.* (Hrsg.): Jugend und Politik – Verdrossenheit? Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung. Heft 20. Universität Rostock. Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften. – Rostock, S. 33-54
- Gille, M./Krüger, W.* (Hrsg.) (2000): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29-jährigen im vereinigten Deutschland. DJI-Jugendsurvey 2. – Opladen
- Gille, M./Krüger, W./de Rijke, J.* (2000): Politische Orientierungen. In: *Gille, M./Krüger, W.* (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29-jährigen im vereinigten Deutschland. – Opladen, S. 205-265
- Gille, M. u.a.* (2006): Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Lebensverhältnisse, Werte und gesellschaftliche Beteiligung 12- bis 29-Jähriger. Jugendsurvey 3. – Wiesbaden
- Hoffmann-Lange, U.* (Hrsg.) (1995): Jugend und Demokratie in Deutschland. DJI-Jugendsurvey 1. – Opladen
- Kaase, M.* (1986): Das Mikro-Makro-Puzzle der empirischen Sozialforschung. Anmerkungen zum Problem der Aggregatstabilität bei individueller Instabilität in Panelbefragungen. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Vol. 38, S. 209-222
- Klingemann, H.-D.* (2000): Unterstützung für die Demokratie: Eine globale Analyse für die 1990er Jahre. In: *Lauth, H.-J. u.a.* (Hrsg.): Demokratiemessung. – Opladen, S. 266-293
- Roller, E./Brettschneider, F./van Deth, J. W.* (Hrsg.), 2006: Jugend und Politik – Der Beitrag der Politischen Soziologie zur Jugendforschung. In: *Roller, E./Brettschneider, F./van Deth, J. W.* (Hrsg.): Jugend und Politik: „Voll normal!“. Der Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendforschung. – Wiesbaden, S. 7-19
- Sardei-Biermann, S.* (2006): Die Teilnahme Jugendlicher und junger Erwachsener im Bildungs-, Ausbildungs- und Erwerbsbereich. In: *Gille, M. u.a.*: Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Lebensverhältnisse, Werte und gesellschaftliche Beteiligung 12- bis 29-Jähriger. Jugendsurvey 3. – Wiesbaden, S. 25-38
- Völkl, K.* (2005): Fest verankert oder ohne Halt? Die Unterstützung der Demokratie im vereinigten Deutschland. In: *Gabriel, O.W./Falter, J.W./Rattinger, H.* (Hrsg.): Wächst zusammen was zusammen gehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland. – Baden-Baden, S. 249-284
- Westle, B.* (2006): Politisches Interesse, subjektive politische Kompetenz und politisches Wissen – Eine Fallstudie mit Jugendlichen im Nürnberger Raum. In: *Roller, E./Brettschneider, F./van Deth, J.* (Hrsg.): Jugend und Politik: „Voll normal!“. Der Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendforschung. – Wiesbaden, S. 209-240